

Zentralkomitee deckt seine Karten auf

Drohungen, Torheiten und die Erkenntnis der Unfähigkeit

Drei Tage lang konferierte in der vergangenen Woche das Zentralkomitee der SED. Es war die erste umfassende Tagung in den revolutionären Ereignissen der letzten Monate und die Partei stand vor der Aufgabe, ihre Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Gleichzeitig mußte Ulbricht eine längst fällige Erklärung zur Frage der Wiedervereinigung abgeben, wollte die SED den Anspruch erheben, zu dieser Diskussion gehört zu werden. Aber auch die Mitglieder der Partei warteten auf eine bündige Erklärung über die künftige Politik des Zentralkomitees. Jetzt haben wir Muße, die Dokumente dieser 20. ZK-Tagung zu studieren. Sie offenbaren uns das Bild einer Partei, die wie toll gegen die Mauern einer Sackgasse rennen möchte, weil sie es nicht wagt, den Rückmarsch anzutreten.

Ohne mit einem Gesamturteil vorzugreifen, soll hier erst einmal Dokument für Dokument beleuchtet werden. Wir müssen uns dabei bewußt sein, daß es sich um Erklärungen handelt, nach denen die künftige Politik der Sowjetzonenregierung ausgerichtet wird.

Die Wiedervereinigung

Der 1. Sekretär der SED, Walter Ulbricht, vertritt seit zwei Jahren die Auffassung, eine Wiedervereinigung könne nur auf der Basis der Übernahme sowjetzonaler „Errungenschaften“ durch die Bundesrepublik geschehen. Er vermißt es jedoch, an Beispielen zu erläutern, wie dies vorstatten gehen soll. Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen deckt Ulbricht nun die Karten auf: 1. Die SED möchte nur mit einer SPD-Regierung verhandeln, die durch entsprechende Mehrheit im Bundestag die „Voraussetzungen zum Übergang der Bundesrepublik zum Sozialismus“ schaffen soll. 2. Die Bundesrepublik soll aus dem westlichen Verteidigungssystem ausscheren. 3. Durch die Übernahme einer Reihe sowjetzonaler „Errungenschaften“ soll die Voraussetzung für die Einsetzung eines „Gesamtdeutschen Rates“ geschaffen werden, der dann über spätere Wahlen zu einer „Nationalversammlung“ verhandeln soll. 4. Gesamt-

deutsche Wahlen können erst nach vollzogener Wiedervereinigung gestattet werden. Zu ihrer Durchführung sind „alle ausländischen Truppen aus Deutschland abziehen“ und „demokratische Verhältnisse zu schaffen“.

Zuvor aber müßte in der Bundesrepublik folgendes geschehen: 1. Die Verstaatlichung der Schlüsselindustrie. 2. Die Durchführung einer Bodenreform nach sowjetzonalen Mustern. 3. Die Übernahme der sowjetzonalen Schulreform. 4. Die Kündigung des westdeutschen „Betriebsverfassungsgesetzes“ zugunsten einer „Arbeiterkontrolle“, wie sie von der SED in sowjetzonalen Staatsbetrieben eingeführt worden ist. Weitere Forderungen liegen auf der gleichen Linie. Das heißt: Die SED erklärt sich erst dann zu „Verhandlungen“ über die Wiedervereinigung bereit, wenn die Bundesrepublik das Staatswesen der Sowjetzone kopiert. Da eine solche Umwandlung der Bundesrepublik in eine totalitäre Diktatur bei der bestehenden demokratischen Verfassung undenkbar wäre, ist die Wiedervereinigung für Herrn Ulbricht eine undiskutable Angelegenheit geworden.

Der SED-Machtapparat

Den Bericht des Politbüros gab Erich Honecker, der heute im ZK der SED für Fragen der „Landesverteidigung“ verant-

wortlich zeichnet. Honecker gab der Befürchtung Ausdruck, daß es auch in der Sowjetzone zu Vorfällen wie in Polen und Ungarn kommen könne. Er forderte die SED-Kampfgruppen auf, sich im Straßenkampf und in Häuserschlachten zu üben und führte auch entsprechende Beispiele an. Mit Hinweis auf angebliche routinemäßige Entlassungen in der Armee (von denen nach genauer Kenntnis der Materie gegenwärtig keine Rede sein kann) beschwor er die Jugendlichen, in die Armee einzutreten und die militärische Kraft des Regimes zu stärken.

Die Parteimitglieder bat Honecker in flehentlichem Appell, die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu wahren. Denen, die Reformen und Veränderungen in der Parteiführung forderten, drohte er mit der Macht der „Zentralen Parteikontrollkommission“. Honecker sprach in unklaren Worten von einer „fraktionellen Tätigkeit“ gewisser Elemente von „moralischer Versumpfung“ und „verleumdender Tätigkeit“ gegen führende Genossen der Partei. Dem informierten Beobachter offenbart sich hier der Beginn einer Säuberungswelle, die mit der Verhaftung des Partei-intellektuellen Harich und zahlreicher Gesinnungsgenossen ihren nur wenig bemerkten Anfang nahm. Wie in Ungarn gedankt die Partei auch in der Sowjetzone einen prophylaktischen Schlag gegen die aufbegehrende Parteiintelligenz zu führen. Wir werden in Kürze davon hören.

Die Partei

Solche starken Worte kann sich nur eine Partei erlauben, die sich der treuen Gefolgschaft ihrer Mitglieder sicher weiß. Ist dies in der SED der Fall? Sowohl Honecker als

(Fortsetzung auf Seite 6)

Und was sagt die Zone?

DT. Eine Aktensammlung zur Frage der Wiedervereinigung, die lückenlos alle diplomatischen Notizen und Konferenzprotokolle, alle Regierungserklärungen und Parlamentsdebatten sowie alle Denkschriften und Entschlüsse enthält, füllt heute bereits ansehnliche Regale. In dieses Archiv von Dokumenten deutscher und internationaler Herkunft ergießt sich, schwarz auf weiß, seit Jahren ein wachsender Strom von Meinungen, Plänen und Entwürfen, von Angeboten und Absagen. Ernste Bemühungen, schöne Illusionen und bittere Enttäuschungen sind dort, in Aktenbündeln hübsch geordnet, nebeneinander aufbewahrt. Ein neuer Band ist soeben in die große Sammlung eingeordnet worden: der Bericht über die dreizehnhündige außenpolitische Debatte des Bundestages, die sich am vergangenen Donnerstag — zum wievielten Male? — mit der Frage der Wiedervereinigung und den mit ihr unlösbar verbundenen Problemen befaßte.

Aus alten Akten

So geht das seit fast acht Jahren, seit der Gründung der Bundesrepublik, ganz abgesehen von den vielen Bemühungen um die deutsche Einheit, die der von den Sowjets herbeigeführten Spaltung Deutschlands bereits vorausgegangen sind. Es gab keine Regierungserklärung und nach ihr keine Debatte im Bundestag, die sich nicht mit diesem Problem befaßte. Bereits in der ersten Erklärung der ersten Bundesregierung im Bonner Parlament, die Bundeskanzler Adenauer am 20. September 1949 verlas, forderte er die Wiedervereinigung Deutschlands, und er fügte warnend hinzu, daß andernfalls in Europa keine Ruhe eintreten werde. So sprechen wir auch heute noch. Auch heute noch hören und sagen wir ein weiteres Wort des Bundeskanzlers aus jener weit zurückliegenden Parlamentssitzung: daß der quer durch Deutschland verlaufende Eisernen Vorhang nichts ändern könne an der geistigen Verbun-

denheit der deutschen Menschen diesseits und jenseits der Trennungslinie.

Leider hat ein Wort Kurt Schumachers aus der gleichen Debatte heute nicht mehr die gleiche Geltung wie damals. Bei jener ersten Begegnung zwischen Regierung und Opposition im Bundestag sagte er nämlich fair und versöhnlich, daß die Frage der deutschen Einheit, die Frage Berlins und der Zone vor allem, über die Meinungsverschiedenheiten der Parteien hinweg für alle eine Sache der gleichen Herzenswärme und der gleichen politischen Entscheidung sei. Das war beinahe noch eine gute Zeit. Wir haben auf dem mehr als siebenjährigen Wege zwischen jener ersten Regierungserklärung im Bundestag und der Debatte vom vergangenen Donnerstag leider an innerer Einigkeit und politischem Anstand verloren und für die deutsche Einheit nicht viel gewonnen. — außer daß wir die Position verbessert haben, in der wir darum ringen, daß mit der sicher wiederkehrenden Einheit unseres Landes auch seine Freiheit und Sicherheit verbürgt sein müssen.

In der Sammlung der Wiedervereinigungs-Akten aus den Anfängen der Bundesrepublik befindet sich ein sowjetisches Dokument vom 9. Mai 1950. Das war eine Zeit, in der die Idee einer Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, die ein angeblich so ernstes Hindernis der deutschen Wiedervereinigung sein soll, noch nicht einmal gedacht war. Es handelt sich um ein Schreiben des sowjetischen Generalobersten Jelisarow, des stellvertretenden Vorsitzenden der sowjetischen Kontrollkommission, der einen Vorschlag der Westberliner Kommandanten zur Wiedervereinigung Berlins beantwortete. Neben anderen Unmöglichkeiten ist in dem Schreiben zu lesen: „Um durch die Abhaltung wirklich freier und demokratischer Wahlen in Berlin in einer Atmosphäre der Ruhe die erforderlichen Bedingungen zu schaffen, müssen die Garnisonen aller Besatzungsmächte aus Berlin zurückgezogen werden.“

Wer die Sowjets wirklich kennt, der weiß genau, was mit solchen Bedingungen bezweckt wird. Deshalb sind sie unan-

nehmbar. In dem Schreiben Jelisarows war bereits alles enthalten, was später, in mancher Hinsicht ergänzt und fortentwickelt, auch auf gesamtdeutscher Ebene der Wiedervereinigung in den Weg gelegt worden ist. Wer sich auf solche Bedingungen dennoch einläßt, der gerät — „zurückziehung der Garnisonen aller Besatzungsmächte aus Berlin“ — in eine Lage der Unsicherheit, die Moskau planvoll schafft, um dann seine Ziele leichter verwirklichen zu können.

Sicherheit auch für uns!

Das ist zugleich auch die Frage, die während der außenpolitischen Debatte des Bundestages im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition stand. Die SPD ist in der Frage der Sicherheit zu einem größerem Risiko geneigt, als die Regierungskoalition einzugehen bereit ist. Das ist der eigentliche Unterschied, dem eine verschiedene Einschätzung der sowjetischen Politik zugrunde liegt. Was hier trennt, das ist nicht ein dogmatisches Festhalten an der NATO auf der Regierungsseite, sondern die Sorge, daß das von der SPD empfohlene Sicherheitssystem möglicherweise das System einer gefährlichen Unsicherheit sein könnte.

Mit neuen Plänen und Entwürfen ist da nichts zu gewinnen. Es gibt hier kaum einen Gedanken, der nicht bereits gedacht worden ist. Undenkbar ist nur der Gedanke, daß wir uns auf den gefährlichen Weg begeben, der möglicherweise in die Unterwerfung führen könnte. Wir befinden uns also heute in einer Situation, in der Regierung und Opposition wenigstens in der nüchternen Feststellung übereinstimmen, daß beide ein fertiges Rezept zur Lösung des Problems nicht haben. Das ist nicht schön, aber es ist wenigstens ehrlich und sogar verständlich. Denn alle möglichen Elemente einer Lösung sind zwar bekannt und bereits erörtert, aber sie sind zwischen Ost und West noch so umstritten, daß sie nicht in eine für beide annehmbare Ordnung gebracht werden können. Die Zeit ist hierfür heute noch nicht reif. Sie wird es erst dann sein,

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Fred.-v.-Richthofen-Str. 2, II
Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Berlin zur Hauptstadt proklamiert

Bedeutungsvoller Beschluß des Bundestages

Bonn, 6. 2. (DPA). Mit überwältigender Mehrheit hat der Bundestag am Mittwoch Berlin zur Hauptstadt erklärt. Gegen nur vier Stimmen nahm das Plenum einen entsprechenden Antrag des Gesamtdeutschen Ausschusses an. Danach ist Berlin die Hauptstadt Deutschlands. Mit der Planung und dem Bau eines Parlamentsgebäudes in Berlin soll unverzüglich begonnen werden.

Außerdem empfiehlt der Bundestag der Bundesregierung, sofort die organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Bundesministerien und andere Bundesdienststellen so schnell wie möglich nach Berlin verlegt werden.

Die Bundesregierung wird außerdem ersucht, dem Parlament darüber zu berichten, welche Bundesbehörden in absehbarer Zeit nach Berlin verlegt werden können. Für die noch nicht aufgebauten Teile des Reichspatentamtes, für die Wiederherstellung des Europa-Hauses und für den Bendler-Block sollen 20 Millionen DM in den Bundeshaushaltsplan eingesetzt werden. Die Freie Universität, die Technische Universität und andere Ausbildungsstätten sollen in den Stand gesetzt werden, ihre gesamtdeutschen Aufgaben zu erfüllen.

Adenauer: „Die große Wende wird kommen“

Der Bundeskanzler sprach in Berlin

Berlin (Eigenbericht). Auf einer im Rahmen der Grünen Woche durchgeführten Kundgebung des Deutschen Bauernverbandes, an der auch zahlreiche Landwirte Ostberlins und der Zone teilnahmen, versicherte Bundeskanzler Dr. Adenauer, daß nach seiner Überzeugung die Hoffnung auf Freiheit und Wiedervereinigung mehr begründet sei als je zuvor. Trotz aller Schwierigkeiten gebe es untrügliche Anzeichen dafür, daß eine Wende in absehbarer Zeit eintreten werde.

Der Bundeskanzler richtete an die Zone folgenden Appell: „Sie, meine Freunde, sind aus hartem und zähem Holze geschnitten und Sie sind treu. Auch wir sind treu, und wir werden niemals unser Ziel aus dem Auge verlieren.

Wir wissen“, fuhr Adenauer fort, „um die Schwere Ihres Daseins, um Ihre harte Arbeit, um Ihre Unfreiheit und den Zwang, der auf Sie ausgeübt wird. Es fällt dem, der im Besitz der Freiheit ist, wie wir in der Bundesrepublik, schwer, jemanden, der so leben muß wie Sie, auf die Zukunft zu verströhen. Nur zu leicht entsteht bei dem Bedrückten das Gefühl, ‚du hast gut reden!‘. ‚Wie würdest du das ertragen, was wir ertragen müssen? Wo sehen wir den Anfang unserer Befreiung von dieser schrecklichen Last, die uns fast erdrückt?‘ Gerade weil ich um solche psychologi-

schen Vorgänge weiß, fühle ich mich verpflichtet, sehr offen zu Ihnen zu sprechen.

Untrügbare Anzeichen

Es gibt, und zwar jetzt mehr als je zuvor, untrügbare Anzeichen dafür, daß eine Wende in absehbarer Zeit eintreten wird oder schon eingetreten ist, aber Ungeduld und Unvorsichtigkeit dürfen diese Entwicklung nicht zerstören.“

Zur Begründung dieser Auffassung verwies der Bundeskanzler auf den Freiheitswillen der sowjetischen Satellitenstaaten, der sich, wie die Ereignisse in Polen und Ungarn gezeigt hätten, auf die Dauer nicht ersticken lasse. Weiter nannte er als Zeichen einer beginnenden Entwicklung zum Besseren die Kräfte in der ganzen Welt, die keine Sklaverei und Unfreiheit ertragen wollten und könnten. In diesem Zusammenhang verwies er auf die

NATO, die aus der Suezkrise verstärkt hervorgegangen sei, auf den fortschreitenden Zusammenschluß Europas und schließlich auf das Erstarren der UN unter Führung der Vereinigten Staaten, die für eine Steigerung des Freiheitswillens der gesamten Welt spreche...

„Gerade auch die unterentwickelten Völker“, so erklärte der Bundeskanzler, „werden erkennen, daß auch sie schon im eigenen Interesse den Kolonialismus, den Sowjetrußland in der Form der Unterjochung anderer Völker betreibt, nicht ertragen können.“

Lassen Sie mich ein Weiteres hinzufügen. Es besteht für mich kein Zweifel, daß diejenigen, die die Macht in Sowjetrußland haben, immer mehr zu der Erkenntnis gelangen und zwar gerade durch die Vorgänge des letzten Jahres, daß ihre Weiteroberungspläne über die Kräfte Sowjetrußlands bei weitem hinausgehen. Sowjetrußland kann nicht den niedrigen sozialen Stand seiner Bevölkerung heben, gleichzeitig in stärkster Weise aufrüsten und die von ihm unterjochten Staa-

ten, in denen sich der Freiheitswille regt, niedergedrückt halten. Das geht über seine Kraft. So glaube ich, daß eine Wende in der Nachkriegsgeschichte, wie ich eben sagte, kommt. Die auf Grund innerer Entwicklung mit Naturnotwendigkeit eintretenden Veränderungen sind zwar langsamer, aber erfolgreicher.

Treue gegen Treue

Nach meiner Überzeugung kann ich Ihnen, meine Freunde, sagen, daß Sie keinen Grund haben, mutlos zu sein, daß die Entwicklung zum Guten begonnen hat. Wir müssen diese Entwicklung fördern, aber mit Klugheit und Beharrlichkeit. Ich mache Ihnen keine zeitlichen Versprechungen. Das ist unmöglich für jeden. Der Zusammenbruch Deutschlands und damit seine Zerreißung ist ein Teil der Zerstörung der politischen und wirtschaftlichen Ordnung in weiten Teilen der Welt. Die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Ordnung Deutschlands wird nicht die Endphase der Neuordnung der Welt sein, aber sie wird im Laufe dieser Neuordnung vor sich gehen, nicht getrennt von ihr, nicht als Einzelaktion. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland tut alles, was in ihren Kräften steht, um diese Neuordnung, die eine kontrollierte Abrüstung zur Grundlage haben muß, zu fördern. Darum ist jeder Teil ihrer Arbeit auf diesem Wege auch ein Schritt zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Frieden und Freiheit."

Neuer Spionagefall in Schweden

Wieder in Moskau Auftrag — Es ging um Befestigungen

Stockholm (DPA). Gegen den in Stockholm lebenden 31jährigen Armenier Bedros Zartarian ist ein Verfahren wegen Spionage eröffnet worden. Der Angeklagte war im Jahre 1952 als türkischer Staatsbürger eingewandert. Er ist bereits im September 1956 verhaftet worden. Der Fall wurde jedoch erst jetzt bekanntgegeben.

Zartarian wird beschuldigt, wichtige Pläne von Befestigungsanlagen entwendet zu haben, von denen er als Angestellter eines schwedischen Ingenieurbüros Kenntnis erhalten hatte. Der Angeklagte bestreitet

Ulbricht — zweiter Teil

DT. Während im ersten Teil seines Referates vor dem SED-Zentralkomitee Walter Ulbricht eine gesamtdeutsche Planung bekanntgab, beschäftigt er sich im nun veröffentlichten viel interessanteren zweiten Teil mit den internen Angelegenheiten der Partei und der Zone. Er nimmt kein Blatt vor den Mund. Seine lange Kritik an der SED und an einem Großteil ihrer Mitglieder wirkt streckenweise sogar echt, fast ehrlich. Doch man könnte über diese SED-Interna gelassen hinweggehen, wenn Ulbricht nicht gleichzeitig die weitere Marschroute festlegen würde.

Das Nahziel der SED-Führung ist der ideologisch gefestigte Ausbau der Partei. In ihrem zehnjährigen Bestehen hat es die SED zugegebenermaßen nicht fertiggebracht, trotz Parteidisziplin eine gesicherte Festigkeit zu erzielen. Die ideologischen Abweichungen nach titoistischem, ungarischem und polnischem Vorbild haben bis zum Fall Harich dem Parteikörper mehr zugesetzt, als gemeinhin angenommen wurde.

Ulbricht nennt jetzt das alles beim Namen, wobei er sich aber vom „Dogmatismus“ zu distanzieren versucht. Er tut dies, um der Parteiführung und damit sich selbst eine gewisse Freizügigkeit der Methoden, eine taktische Elastizität zu bewahren.

Aus dieser Feststellung zieht Ulbricht die Berechtigung zu eigenen und selbständig anmutenden Maßnahmen: die in der DDR noch vorhandenen „Überreste der Ausbeuterklasse“ und die noch bestehenden „zahlreichen Schichten des Kleinbürgertums“ zu bekämpfen, wozu auch noch die „Masse der Einzelbauern“ zu rechnen ist. Also eine Verschärfung des Klassenkampfes in der Zone! Nichts anderes hat der Aufruf Ulbrichts zu bedeuten. Die SED als Kampfmittel aber ist und bleibt fragwürdig. Auch mit Drohungen, Geboten und Beschwörungen dürfte sie heute weniger denn je den kämpferischen Elan wirklicher „Einheit“ aufbringen, den Ulbricht verlangt.

Kadar: „Wir haben gewonnen“

Aber KP keine Massenpartei mehr — 20jährige hingerichtet

Budapest (AP). Das kommunistische Regime habe den Machtkampf gegen die bürgerlichen Kräfte in Ungarn gewonnen, erklärte der ungarische Ministerpräsident Kadar vor Arbeitern des Industrierwerks Csepel. Kadar gab jedoch zu,

daß die Kommunistische Partei Ungarns möglicherweise ihre Bedeutung als „politische Massenbewegung“ verloren habe.

Es war das erste Mal, daß sich Kadar in die Industrierwerke auf der Donau-Insel Csepel, die auch in letzter Zeit noch Zentrum von Unruhen gewesen waren, gewagt hatte. Die Auflösung der revolutionären Arbeiterräte der Csepeler Betriebe begründete Kadar damit, daß sie nicht den „Interessen der Arbeiterschaft gedient“, sondern die „Konterrevolutionäre“ unterstützt hätten. Der Ministerpräsident verlangte schließlich, daß den (kommunistischen) Aktivisten die Kontrolle zurückgegeben wird.

tet die ihm zur Last gelegten Straftaten. Die auswärtige Macht, für die Zartarian gearbeitet haben soll, wird in der Anklageschrift nicht genannt. Aus den Begleitumständen ergibt sich jedoch, daß ein neuer Fall von sowjetischer Spionage vorliegt, der von den zuständigen schwedischen Stellen als besonders ernst betrachtet wird.

Zartarian machte im Polizeiverhör den Eindruck eines Überzeugungstäters von „eindeutiger ideologischer Prägung“, der für seine Spionagetätigkeit nur eine geringfügige Bezahlung erhielt.

Budapest (AP). Die kommunistischen Machthaber in Ungarn haben ein 20jähriges Mädchen und einen jungen Offizier wegen der Teilnahme am Freiheitskampf durch Erhängen hinrichten lassen. Bis jetzt sind

So sind sie wirklich:

„Das Volk ist doof, aber gerissen . . .!“

Dieser Ausspruch stammt eigentlich von Tucholsky. Aber der, der sich ihn angeeignet hat, heißt Bruno Baum und ist zur Zeit noch 2. Sekretär der SED - Bezirksleitung Berlin. 1. Sekretär ist Alfred Neumann, den das Zentralkomitee vergangene Woche als einen der Stellvertreter Ulbrichts kooptierte. Das heißt, daß Bruno Baum in absehbarer Zeit die Berliner SED als Chef übernehmen wird, denn auf Neumann warten andere Posten.

Damit aber käme ein Mann an die empfindlichste Nahtstelle zwischen Ost und West, der durch ein Dutzend Mißerfolge niemals überzeugt werden konnte, daß Westberlin kein besonderes Interesse für die SED besitzt. Baum weiß es besser: „Wenn es uns gelingt, den Westberlinern volle Schaufenster auch in Ostberlin zu präsentieren, haben wir 50 Prozent von ihnen auf einen Schlag! Denn: Das Volk ist doof, aber gerissen!“ Es ist Baums Lieblingsspruch, daher verwendet er ihn an den unpassendsten Stellen. Ihm will es nicht in den Kopf, daß die Westberliner den Kommunismus nicht wegen seiner schlecht beschilderten Schaufenster verpöhen. Das Volk ist so dumm, meint er, daß es nicht weiß, woher ihm Böses winkt. Andererseits ist es viel zu gerissen, um nicht nach einem Köder zu greifen . . .

Parteiauftrag bei AEG

Das bedauerliche ist, daß dieser Mann mit den so seltsamen Ansichten über seine Mitbürger mitten aus Berlin stammt. 1910 wurde er im Bezirk Mitte als Sohn eines Büglers geboren. Mit 15 Jahren kam der Elektriker - Lehrling zum Arbeitersportverein „Fichte“, ein Jahr später in die Gewerkschaft und in den Kommunistischen Jugendverband (KJV). 1927 taucht er in der Liste der Berliner KJV-Leitungsmitglieder auf. Seine Aufgabe ist die Schaffung kommunistischer Jugendgruppen in den Betrieben. Mit Parteiauftrag wirkt er bei AEG, später bei Siemens und Pintsch.

BRUNO BAUM



Bis 1935 hält er sich unter falschem Namen verborgen. Dann wird er zusammen mit Erich Honecker bei einer Razzia in den Siemens-Werken entdeckt. In Moabit, Auschwitz, Brandenburg und Mauthausen gründet er Widerstandsgruppen, auch Nichtkommunisten preisen ihn aus dieser Zeit als vorbildlichen Kameraden. Noch hat er sich nicht den Zynismus des arrivierten Funktionärs zugelegt . . .

„Die schieben sowieso!“

1945 wird Bruno Baum Sekretär der Berliner KPD. Zugleich zieht er als Stadtverordneter in das Berliner Parlament. Seine Freunde aus der „Antifa“-Zeit erkennen ihn bald nicht wieder. Er beginnt, den kleinen Mann zu verachten. Er verhindert einen sowjetischen Kom-

mandanturbeschuß, der die Abgabe zusätzlicher Gemüseportionen für alle am Aufbau beteiligten Arbeiter anstrebt. Das Gemüse geht an den FDGB, der sich im Laufe dieser Aktion den Beinamen „Freier Deutscher Gemüsebund“ erwirbt. Weil nun nur noch FDGB-Mitglieder die Kohlrüben erhalten. Die anderen? „Die schieben sowieso!“ meint Baum.

Mitte 1948 erhält er, dessen Stellung als „zweiter Mann“ für die Berliner SED ein Begriff geworden ist, die politische Unterwanderung Westberlins übertragen. Die Blockade erscheint ihm ein günstiges Mittel, er lockt die Westberliner mit Kartoffeln und Brot. Den Mißerfolg weiß er zu entschuldigen: „Wir hätten mehr diskutieren sollen mit den Leuten!“ Als ob sich jemand während der Blockade mit einem SED-Mann unterhalten hätte!

Am 5. Dezember 1954 ist Bruno Baum bereit, als Spitzenkandidat der SED in das Westberliner Abgeordnetenhaus einzuziehen. Aber die SED erreicht ganze zwei Prozent! Baum ist nicht zu schlagen. Er gründet die „Wählervertretung der SED“ und hält in Westberliner Parteibüros Sprechstunden für „Sympathisierende“ ab. Aber es kommen nur die eigenen Genossen, mit vielen Klagen.

Warten auf ein Wunder . . .

1955 wartet Baum auf jenes Wunder, das die Ostberliner Schaufenster füllen und die Westberliner in Scharen herüberholen soll. Statt dessen kommt die Ausweisung an der Seltersbude, die Berliner ziehen in Scharen über die Sektorengrenze, aber von Ost nach West. 1956 fordert Baum: „Der Demokratische Sektor muß zum Anziehungspunkt ganz Berlins werden!“ 1957 ist er selbst ruhig geworden. Noch immer zitiert er Tucholsky, aber es scheint, dessen scherzhaftes These verliert bei ihm an Glaubwürdigkeit. Wird er 1. Sekretär, wäre ihm zu raten: Wer Tucholsky nicht versteht, sollte besser mit ihm brechen!

Weltfriedensrat muß ausziehen

Wien (AP/DPA). Die österreichische Regierung hat das Sekretariat des kommunistischen Weltfriedensrates in Wien aufgelöst. Die Maßnahme wurde damit begründet, daß das Sekretariat durch seine Tätigkeit die Neutralität Österreichs verletze.

ZK deckt seine Karten auf

Fortsetzung v. Seite 1

auch Ulbricht sprechen von parteiinternen Verschwörungen, von Spaltungs-Bestrebungen und Angriffen auf die Führungsspitze. Beide streifen das Dilemma der sozialen Struktur dieser Partei. Es ist kein Geheimnis mehr, daß die SED heute eine Partei der Funktionäre, Staatsbeamten und Angestellten staatlicher Betriebe ist. Das „proletarische Element“, das heißt, der zahlenmäßige Anteil der Arbeiterschaft, ist längst in der Minderheit. Brauchbaren Schätzungen zufolge befinden sich nur noch etwa 15 Prozent Arbeiter unter den Mitgliedern der SED. Die Partei, die aus jedem zu ihr stoßenden Arbeiter mit Gewalt einen Funktionär zu machen versuchte, steht heute vor der Tatsache, daß sie sich Schritt um Schritt von ihrer ideologischen Basis entfernt. In wenigen Jahren wird sie eine Gruppierung satter und opportunistischer Kleinbürger sein.

Man hat versucht, diesem Übel durch die Anwerbung von 50 000 Betriebsarbeitern abzuhelfen. Das Ergebnis liegt vor: Mehr als die Hälfte der Angeworbenen gehören wieder den „kleinbürgerlichen“ Schichten an, denn gut 30 Prozent der als Kandidaten aufgenommenen „Arbeiter“ haben diese Berufsbezeichnung längst gegen die eines Staats- und Verwaltungsangestellten eingetauscht. Was aber ist der Erfolg? Die SED ist heute mehr denn je auf die Gunst der Industriearbeiter angewiesen. Die Großbetriebe waren einstmalig die Zentren ihrer politischen Macht. Heute sprechen Arbeiter und Funktionäre verschiedene Sprachen. Ein unsoziales Regime beginnt seine natürliche Basis zu verlieren.

Die Wirtschaft

Die Offenlegung der wirtschaftlichen Situation durch ein weiteres SED-Dokument bestätigt alles, was in den letzten Wochen an dieser Stelle gesagt worden ist. Der 5-Jahresplan ist illusorisch geworden. Man wird nach neuen Teilplänen arbeiten und versuchen, über das Krisenjahr 1957 hinwegzukommen. Die Großbauten

Ulbrichts stagnieren, es fehlen Kohle, Stahl und Elektrizität. Das große Bauprogramm dieses Jahres erweist sich als Utopie, die SED wird nicht einmal die Ziegel dafür haben. Die Landwirtschaft hat ihren Plan nicht erfüllen können, es wird wieder an Kartoffeln und Zucker mangeln, von einer Aufhebung der Rationierung ist vorsichtshalber gar nicht mehr die Rede.

Das Dokument vermeidet es, die Fehler offen auszusprechen und die Schuldigen zu benennen. Man spricht nur von der Notwendigkeit „neuer Planungsmethoden“. Wie in der Sowjetunion wird ein neuer, oberster Planungschef eingesetzt werden, dem Ulbricht nicht mehr ins Werk pfuschen kann. Aber was kann gerettet werden, wenn die SED nicht den Mut besitzt, radikal alles aufzulösen, was Ulbricht in die Gegend baute? Industrielle Großbaustellen, die — ehe sie jemals in Betrieb genommen werden konnten — für Jahre stillgelegt werden müssen, verschlingen mehr Geld als ein unrentabler Betrieb. Wo man

SSD, erhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

hinschaut, ist die ganze Sache verplant und verkorkst. Kein „kapitalistischer“ Ökonom möchte hier Ulbrichts „Testamentsvollstrecker sein.

Entstalinisierung?

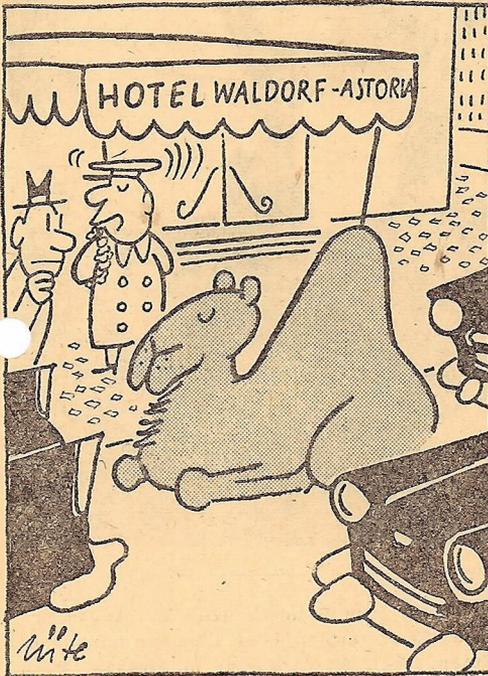
Die Frage nach der Entstalinisierung liegt auf der Hand. Nehmen wir zur Kenntnis: Sie besteht für die SED nicht mehr! Es ist der einzige Sieg Ulbrichts, Er verstand es, die Revolution in Ungarn und den Machtwechsel in Polen so auszulagen, als wäre eine „Entstalinisierung“ in der Sowjetzone mit ähnlichen Folgen verbunden. Die zahm gewordenen Gegner von gestern — der resignierende Franz Dahlem, der zynisch-opportunistische Alexander Abusch und der furchtsam in die Provinz geflüchtete Hans Jendretzky — wurden auf dieser ZK-Tagung wieder in den Schoß des Zentralkomitees aufgenommen. Eine Geste, die nur noch ein gequältes Lächeln auf die Gesichter leidgewohnter Kommunisten zaubert.

Vor uns steht der Prozeß gegen „Harich und Genossen“. Vielleicht wird er sogar öffentlich geführt. Harich ist nicht der Typ des Märtyrers, der für seine Idee auf die Folter geht.

Kommt es aber zu einem solchen Prozeß, würde dieser wiederum den neuen Reigen stalinistischer Gerichtsverfahren eröffnen. Merkt die SED nicht, daß man unterdessen in Prag, Budapest und Warschau auf die eine oder andere Art derartige Fehler der Vergangenheit stillschweigend zu liquidieren sucht?

Man könnte das weitere Chronisten überlassen, stünne nicht das Schicksal Millionen nichtkommunistischer Menschen in der Sowjetzone auf dem Spiel. Sie sind den Schachzügen des Zentralkomitees fast wehrlos ausgeliefert und schauen hilflos nach dem Westen.

Unterdessen marschiert die SED politisch und ökonomisch in den Abgrund. Wir wissen, daß es bis dahin noch viele Meter sind und daß man auch auf diesem Wege noch eine gute Weile marschieren kann. Nur — die Marschrichtung ist festgelegt! Die Erklärungen dieser 30. ZK-Tagung sind der Kompaß, der die genaue Richtung auf den Abgrund einzuhalten hilft...



„Yes, Ibn Saud wohnt bei uns!“

Gratulationscour bei Erhard

Bonn (AP/DPA). Während einer neunstündigen Gratulationscour nahm Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard am Montag die Glückwünsche seiner Mitarbeiter, des Bundeskabinetts und zahlreicher Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsleben anlässlich seines 60. Geburtstages entgegen.

Bundeskanzler Adenauer, der zum erstenmal im Wirtschaftsministerium erschienen war, betonte in einer Ansprache, Erhard habe „Vertrauen erweckt und erworben, wie ich es kaum je bei einem Menschen gesehen habe“. Das Vertrauen mit dem Menschen Erhard habe ihn immer bewegt, „auch wenn manchmal verschiedene Auseinandersetzungen auszutragen waren“.

Der SPD-Wirtschaftsexperte Deist bezeichnete in einer Rundfunkansprache Erhard als einen „ragenden Felsen der Vergangenheit in unserer turbulenten Gegenwart“. Er wünsche ihm noch viele Jahre voller Gesundheit und Schaffenslust. „Daß darin auch eingeschlossen sei, er möge recht lange Bundeswirtschaftsminister bleiben, nun: das wird selbst der Jubilar nicht von mir erwarten“, schloß der SPD-Wirtschaftsexperte.

Unter den Gratulanten sah man auch den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Krone, Mitglieder des Bundesrates und verschiedener Bundestagsausschüsse sowie Ludwig Rosenberg vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Und was sagt die Zone?

Fortsetzung von Seite 2

wenn es möglich geworden ist, die sowjetische Unbekannte als eine feste Größe in der Rechnung der deutschen Wiedervereinigungspolitik einzusetzen. Das noch Unbekannte aufzuspüren und in vernünftigen Gesprächen und Verhandlungen möglichst zuverlässig zu bestimmen, das ist in der Zwischenzeit die wichtigste Aufgabe der deutschen Politik und Diplomatie.

Im Blick auf die Zone

Und was sagt die Zone? Das ist die Frage, die uns allen auf der Seele brennen muß. Sie darf unser Gewissen nicht zur Ruhe kommen lassen. Wir dürfen sie allerdings auch nicht mit sentimentalen Phrasen beantworten, die am grünen Tisch so hübsch zu formulieren sind. Die große Sorge, die Un-

geduld und den Zweifel der Menschen in der Zone kann das in Freiheit lebende Deutschland nicht mit Worten, sondern nur mit einer Haltung beantworten, die überzeugt und ermutigt. Ihre Ungeduld heißt ganz gewiß nicht, daß wir einen Weg gehen sollten, an dessen Ende die Übertragung des kommunistischen Systems auf ganz Deutschland stehen könnte. Alle Briefe, die uns aus der Zone zugehen, alle Gespräche bezeugen das.

In der Zone hat man wenig Verständnis dafür, daß das, was ihre einzige Hoffnung ist, nämlich der geschlossene Wille Deutschlands, im Streit der bundesrepublikanischen Parteien zeredet und in die Niederungen des Wahlkampfes hinabgezogen wird. Wer auch nur einigermaßen die Psychologie der Deutschen in der Zone

kennt, der weiß auch, wie es dort wirkt, wenn auf der Tribüne des Bundestages die niedrige Behauptung gewagt wird, daß die Aufgabe der deutschen Wiedervereinigung aus dem Bewußtsein der Bundesregierung fast geschwunden sei. Das wirkt sicher nicht im Sinne der nationalen Pflicht, die wir im freien Teile Deutschlands über alle stagnierenden Etappen und enttäuschenden Stationen der Wiedervereinigungspolitik hinweg als erste zu erfüllen haben. Das ist die Pflicht, den Menschen der Zone durch eine gemeinsame, von jedem parteipolitischen Streit möglichst unberührte Haltung der feste Rückhalt zu sein, auf den sie in ihrer Verlassenheit angewiesen sind. Wenn wir uns nicht auf diese einfachste Pflicht besinnen, dann wird man einmal sagen können, daß wir selbst — nach den Sowjets — das größte Hindernis der deutschen Wiedervereinigung gewesen sind.



BILDER DER WOCHE: Oben: Zur Grünen Woche kam Bundeskanzler Dr. Adenauer nach Berlin. Hier ist er in Begleitung von Bundespostminister Lemmer und dem Regierenden Bürgermeister Dr. Suhr. — Unten: Prof. Dr. Schulten in Moskau. Der Direktor der Kölner Universitäts- und Polyklinik war überraschend in die Sowjethauptstadt gerufen worden, um dort ein „hohes Regierungsmitglied“ zu behandeln. Auf unserem Bild wird er in seinem Moskauer Hotelzimmer interviewt.

